

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 885846 ppbn d  
Telefax: 21 08 84

## Inhalt

Robert Antretter MdB zur  
Programmdiskussion der  
SPD: Ziel und Richtung  
nicht mehr erkennbar.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB zu den  
sozialdemokratischen Anfor-  
derungen an den EG-Binnen-  
markt: Humanisierung und  
Sicherheit am Arbeitsplatz  
unverzichtbar.

Seite 3

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB  
zum 30. Jahrestag der kuba-  
nischen Revolution: Die Wie-  
derherstellung des nationalen  
Selbstbewußtseins. (Teil II  
und Schluß)

Seite 4

Florian Gerster MdB zu ver-  
teidigungspolitischen Positi-  
onen der Grünen: Mechters-  
heimers Fundamentalopposi-  
tion.

Seite 6

44. Jahrgang / 5

6. Januar 1988

Ziel und Richtung nicht mehr erkennbar

Anmerkungen zur Programmdiskussion der SPD

Von Robert Antretter MdB \*)

„Ein Grundsatzprogramm der SPD ist so viel wert, wie es Genossen und Genossen in ihrem tagtäglichen Handeln motiviert. Also ist ein Programm auch so gut und so schlecht wie der Diskussionsprozeß, der dahin führt.“ Beziehen wir diese Aussage von Erhard Eppler aus dem Jahre 1985 auf heute, so stellen wir fest: der Programmprozeß stagniert. Die Diskussion ist undurchsichtig geworden. Durch eine über vierjährige Innendebatte der Programmkommission wurde die Parteibasis ermüdet. Auch gutwillige Genossen und Genossen müssen sich schließlich durch immer neue Textentwürfe „von oben“ frustriert fühlen.

Also verläuft der Gesamtprozeß, der noch mit dem Irseer Entwurf vom Juni 1986 eine gute Zwischenstation hatte, immer enttäuschender. Leider hat er auch keineswegs die Meinungsführerschaft der SPD in der Öffentlichkeit gebracht. Nicht mehr ist erkennbar, in welche Richtung und zu welchem Ziel die Programmdiskussion laufen soll, nachdem jetzt sogar in der sozialdemokratischen Kernfrage, nämlich bei der Zukunft der Arbeit, größere Uneinigkeit besteht denn je. Und plötzlich scheint auch das zeitliche Limit, der Bremer Parteitag, zur Disposition gestellt.

Es war Erhard Eppler, der schon frühzeitig vor einer solchen Situation gewarnt hat: „Auch der bescheidenste Schritt ist Wählern und Freunden zu vermitteln, wenn er als einer von vielen in einer vereinbarten Richtung glaubhaft gemacht werden kann. Nichts mehr ist zu vermitteln, wenn wir politischen Tango tanzen und niemand mehr weiß, ob der nächste Schritt nach vorn oder nach rückwärts, nach links oder nach rechts gehen wird.“

\*) Der Verfasser war von 1970 bis 1980, als Erhard Eppler SPD-Landesvorsitzender von Baden-Württemberg war, dessen leitender Landesgeschäftsführer

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Impressum  
zur  
Recycling-Papier



In der Tat: Nach der letzten Sitzung der Programmkommission besteht die Gefahr des politischen Tangos. Weil die Vielzahl von Gruppen, die sich seit dem Parteitag von Münster um programmatischen Fortschritt mühen, inhaltliche Streitpunkte nicht bündeln können, wird die Zeit fürs Grundsatzprogramm knapp. Um so wichtiger wird aber ein ergebnisorientiertes Handeln. Politische Integration ist gefragt, und gefordert ist politische Führung.

Deshalb hat auch Hermann Scheer recht, wenn er sich gegen die Verschiebung des Bremer Programmparteitages wendet. Ein Aufschub würde zu viel Energie binden und das ideologische Durcheinander eher noch verbreitern. Die Konzentration auf den Bundestagswahlkampf 1990 wäre beeinträchtigt. Außerdem ließe sich das Symbol, genau 30 Jahre nach Godesberg ein neues Grundsatzprogramm zu verabschieden, kaum mehr verwirklichen. Vor allem jedoch demonstrierte diese Verlängerung der „Bedenkzeit“, daß die SPD gegenwärtig mehr durch semantische Gefechte, durch Zögern und Zaudern und weniger durch politische Entschlußkraft gekennzeichnet ist.

Bisher ist es eben nicht gelungen, den Programmprozeß zu einem offenen gesellschaftlichen Dialog zu organisieren. Freilich liegt das nicht nur an uns selbst, sondern auch an politischen Gegnern, die sich jeder programmatischen Anstrengung verweigern. Schon 1984/85 gab es aber vielfältige Programmimpulse, die im Ollenhauer-Haus als Antworten auf einen im „Sozialdemokrat-Magazin“ veröffentlichten Fragenkatalog registriert worden sind. Das Angebot einer konstruktiven Mitarbeit der Basis stieß damals ins Leere, weil sich „Chefprogrammatiker der Partei“ dieser Sache bemächtigt hatten. Eine demokratische politische Kultur hätte wohl andere Steuerungsmethoden verlangt, übrigens auch einen anderen Stil im Umgang mit Texten von Autoren wie Erhard Eppler.

Inzwischen wurde ja der Irseer Entwurf, der noch die Handschrift von Willy Brandt hatte, bis zur Unkenntlichkeit verzerrt. Und die „Leitideen des neuen Fortschritts“ sind so verwässert, daß sie in der öffentlichen Wahrnehmung als Konflikt zwischen Traditionalisten und Modernisierern der SPD erscheinen.

In solcher Lage kann das Festhalten an Terminen nur hilfreich sein. Parteiprogramme müssen letztlich durch demokratische Abstimmungen entschieden werden. Die Delegierten des Bundesparteitages sollten jetzt ihr Wort sprechen. Das werden sie am 28. und 29. August 1989 tun und das „Bremer Programm“ als siebtes Grundsatzprogramm der SPD beschließen. Manche Irritationen auf dem Weg dahin sind dann vergessen.

(-/6.1.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**Humanisierung und Sicherheit am Arbeitsplatz unverzichtbar**

**Anmerkungen zu den sozialdemokratischen Anforderungen an den EG-Binnenmarkt**

**Von Hans Urbaniak MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung**

Der EG-Binnenmarkt ist eine politische und ökonomische Notwendigkeit, die von der europäischen Idee her zu begrüßen ist. Es zeigt sich aber schon seit einiger Zeit, daß das Umsetzen dieser Idee nicht unproblematisch oder frei von Konflikten ist. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die EG-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich strukturiert sind und sowohl Agrar- als auch Industriestaaten zu der Gemeinschaft gehören, kann es nicht ausbleiben, daß sich widersprechende Prioritäten gesetzt werden.

So ist als jüngstes Beispiel die Maschinenrichtlinie zu nennen, die der EG-Ministerrat in Erster Lesung am 21. Dezember 1988 behandelt hat. Diese Richtlinie, die keine technische Detailregelung mehr enthält, sondern ausschließlich grundlegende Sicherheitsanforderungen als verbindlich vorschreibt, wird, wenn sie so verabschiedet werden sollte, die Aufrechterhaltung des hohen Sicherheitsniveaus in der Bundesrepublik erheblich erschweren. Daß die übrigen EG-Staaten das Übergangsproblem für eine begrenzte Anzahl besonders gefährlicher Maschinen anerkannt hat und für diese Maßnahmen eine obligatorische Prüfung durch unabhängige Prüfstellen vorgeschrieben haben will, ist unbefriedigend und bei weitem nicht ausreichend. Daß die Bundesregierung der Maschinenrichtlinie nicht zugestimmt hat, ist in der Sache richtig und muß unterstützt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein hochtechnologisiertes Land, das aufgrund der Gefahren, die von den entsprechenden Maschinen für die Arbeitnehmer ausgehen, sehr scharfe Sicherheitsvorschriften erlassen hat. Humanisierung und Sicherheit am Arbeitsplatz ist somit ein unverzichtbarer Bestandteil für ein gefahrloses Umgehen mit der hochentwickelten Technik. Daß EG-Mitgliedstaaten, die diese Art von Maschinen nicht besitzen, die Notwendigkeit der in ihrer Form bestehenden deutschen Schutzvorschriften nicht nachvollziehen können, ist zwar verständlich, kann aber auf gar keinen Fall hingenommen werden. „Harmonisierungsmaßnahmen“ darf nicht bedeuten, daß man sich wegen eines sehr unterschiedlichen Industrialisierungsstandards in der EG auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigt.

Die Rechte und die Schutzbestimmungen, die deutschen Arbeitnehmern seit Jahren gesetzlich garantiert sind, haben ihre volle Berechtigung und dürfen nicht als Hemmschuh für den EG-Binnenmarkt angesehen werden, den es zu beseitigen gilt. Es wird bei den Verhandlungen in Zukunft darauf ankommen, daß die Bundesregierung bei den Verhandlungen Durchsetzungs- und Stehvermögen zeigt. Wenn es um Rechte und Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer geht, wird die Regierung die Sozialdemokraten immer an ihrer Seite finden. (-/6.1.1989/vo-he/rs)

## 30. Jahre Revolution in Kuba (Teil II)

Am 5. Januar 1959 zog Fidel Castro mit seiner Rebellen-Armee in Havanna ein

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Daß der kleine David Kuba es mehrmals geschafft hatte, dem großen Goliath USA eine lange Nase zu zeigen, hat die antiimperialistische Gesinnung der Kubaner und ihren Stolz auf die Errungenschaften der Revolution sicherlich gestärkt. Doch die Generation derer, die Batista und die schwierigen Anfangsjahre der Revolution bewußt miterlebt hat, verliert langsam an Einfluß. Für die jüngeren, gut ausgebildeten Kubaner werden diese sozialen Leistungen immer selbstverständlicher sein und sie werden andere Anforderungen stellen. Der Druck der Heranwachsenden könnte sich als Kubas größte Herausforderung für die Zukunft erweisen.

Ende Juli 1988 sagte Fidel Castro: „1987 und 1988 sind für uns sehr schwierige Jahre. Doch die zwei schwierigsten Jahre stehen uns noch bevor.“ In der Tat zeichnet sich zur Zeit eine wirtschaftliche Talfahrt ab, die dem Land schwer zu schaffen macht. Der Anstieg des Sozialproduktes, der bis Mitte der 80er Jahre noch bei durchschnittlich sechs Prozent im Jahr lag, sank unterdessen stark zurück. Wie den meisten Ländern der Dritten Welt macht Kuba die Verschlechterung der terms of trade zu schaffen. Die Preise für Rohstoffe sind drastisch gefallen, während für Investitionsgüter höhere Kosten anstanden. Für den Kauf eines Autobusses müssen die Kubaner heute doppelt so viel Zucker absetzen, wie noch vor zwölf Jahren.

Seit 1982 ist Kuba in das lateinamerikanische Schuldnerkarussell eingereicht. Allein gegenüber dem Westen sind die Zahlungsverpflichtungen auf mittlerweile 5,6 Millionen Dollar gestiegen. Der Handel mit der EG und Japan macht zwar nur circa 15 Prozent des Gesamthandels aus. Aber es fehlt Geld für dringend notwendige Importe in Schlüsselbereichen der kubanischen Wirtschaft, die in den COMECON-Staaten nicht aufzutreiben sind.

Die 1972 beantragte Mitgliedschaft im COMECON war für die Diversifikation der kubanischen Exporte nicht gerade förderlich; denn dieser Schritt hat das Land noch mehr auf die Rolle des Agrarproduzenten innerhalb der Arbeitsteilung zwischen den Ostblockstaaten festgelegt. Die sowjetische Hilfe an Havanna wird auf bis zu fünf Milliarden Dollar jährlich geschätzt. Sie besteht hauptsächlich im Ankauf von Zucker, Kubas wichtigstem Exportgut, zum Siebenfachen des Weltmarktpreises, und in der Lieferung von billigem Erdöl. Aus langfristigen Lieferverpflichtungen erhält Kuba jährlich über zehn Millionen Tonnen Rohöl aus der UdSSR, von denen es einen Teil durch Sparmaßnahmen auf dem freien Weltmarkt verkaufen kann - bislang eine wichtige Einnahmequelle, die durch den Verfall der Erdölpreise langsam auszutrocknen droht. Es fragt sich überdies, wie lange diese Hilfe noch aufrechterhalten werden wird.

Die Misere hat im übrigen auch endogene Ursachen. Die Arbeitsproduktivität der Kubaner hat sich im letzten Jahr um vier Prozent verschlechtert. Bürokratische Erstarrung und Schlendrian sind die Konstanten, mit denen Kubas Wirtschaft seit Jahren behaftet ist. Allein die Tourismusindustrie bietet Aussicht auf gute Geschäfte.

Die Devise, mit der der Maximo lider der Talfahrt entgegenwirkt, lautet „rectificacion“ - systemimmanente Korrekturen, die für mehr Disziplin, Effizienz und Einsparungen in der Produktion sorgen sollen. Entsprechende Kampagnen zur Erhöhung der Arbeitsleistung und zu mehr freiwilliger Arbeit sind in vollem Gang. Die sozialistische Sparpolitik setzt auf moralische Appelle. Das Prämien- und Quotensystem zur Gehaltsaufbesserung bei mehr Leistung wurde nach schlechten Erfahrungen im letzten Jahr abgeschafft.

Vergleiche mit Gorbatschows Perestrojka, deren Publikationsorgane in Kuba heiß begehrt sind, lehnt Castro bislang ab: „Es wäre ein Fehler, andere Länder nachzuahmen. Unsere Methoden können nicht dieselben sein.“ Womit er vielleicht nicht falsch liegt. Trotzdem fällt auf, daß Castro offensichtlich am Gegensatz Kapitalismus versus Sozialismus als einzig möglichen Konflikt festhalten will, während Gorbatschow deutlich macht, daß es gleichzeitig einen Konflikt zwischen Demokratie und Totalitarismus gibt. Castro reduziert die Diskussion auf eine Korrektur von Irrtümern, während Gorbatschows Reformkurs sich darauf richtet, die Struktur des sozialistischen Staates zu wandeln. Fürchtet sich Castro davor, einen Staat zu reformieren, der mit seiner eigenen Macht weitgehend identisch ist?

Dennoch gibt es auch Zeichen für eine „Castroika“ a la Kubana. Das Revolutionsregime, das sich 29 Jahre lang strikt geweigert hat, internationale Menschenrechtsorganisationen hinter die Kulissen der Insel blicken zu lassen, lud im Herbst 1988 eine UN-Delegation ein, die nach eigenen Aussagen „alle nützlichen und notwendigen Antworten“ auf Fragen nach der Menschenrechtssituation in Kuba erhielt.

Schon im März war eine Delegation der Gefangenenhilfeorganisation amnesty international zu Gast, die berichtete, daß mehrere Hundert politische Gefangene im letzten Jahr freigelassen wurden. Die Behandlung der politischen Häftlinge habe sich verbessert, sie sei aber nach wie vor oft noch menschenunwürdig. Die Zahl der gewaltfreien politischen Häftlinge wird nach dem letzten Jahresbericht von 21 auf mindestens zwölf geschätzt. Bis Ende 1988 sollen alle jetzt noch wegen versuchter illegaler Ausreise inhaftierten 143 Gefangenen entlassen werden.

Zu den positiven Entwicklungen gehört auch das am 13. Dezember 1988 unterzeichnete „Protokoll von Brazzaville“ über eine Friedenslösung für Süd-West-Afrika/Namibia, in dem sich Kuba zu einem Abzug der circa 50.000 kubanischen Soldaten aus Angola verpflichtet hat.

Überhaupt hat das kubanische Engagement in der Dritten Welt international viel Kritik hervorgeufen, vor allem aus dem Westen. Viele sehen darin nichts anderes, als ein ideologisch-expansionistisches Unternehmen, hinter dem die leitende Hand Moskaus die Fäden zieht. Dies ist zum Teil richtig. Es sollte aber nicht übersehen werden, daß das Beispiel, das die kubanische Revolution für viele Länder der Dritten Welt setzte, Castro dort ehrlichen Respekt und Bewunderung eingebracht hat, auch wenn man weiß, daß er letzten Endes Moskau in wichtigen Fragen nicht widersprechen kann. Trotzdem wird die Hilfe der kubanischen Internationals durchaus geschätzt. Denn im internationalistischen Dienst stehen nicht nur „Söldner“, die den Befreiungsbewegungen zum revolutionären Sieg verhelfen sollen, sondern auch 16.000 zivile Helfer, darunter Ärzte, Krankenpfleger, Hebammen, Bautechniker und Lehrer, deren Tätigkeit sich Kuba nur von Ländern bezahlen läßt, die es sich leisten können.

Auch dieses Beispiel zeigt, daß Kuba viele Gesichter hat, die sich einem schnellen Schubladisierungsdenken entziehen. In Kuba sterben nicht Tausende von Kindern an leicht zu kurierenden Krankheiten wie Durchfall. In Kuba gibt es keine quälenden Auswüchse von Elend hinter Bretterverschlägen, wie in den Slums von Sao Paulo. Hier werden Oppositionelle nicht auf offener Straße abgeknallt, werden aufbegehrende Bauern nicht von Todesschwadronen massakriert wie in Chile oder El Salvador. Trotzdem herrscht allgemeine Armut, herrscht Unzufriedenheit, und trotzdem sind die Freiheiten weitaus geringer, als dies wünschenswert ist.

Hervorragende Ärzte und Techniker können die Tatsache nicht aufwiegen, daß es auf Kuba keine hervorragenden Journalisten geben darf, daß jegliche Opposition im Keime erstickt wird, daß „illegale Ausreisen“ hart bestraft werden.

Ohne den Invasionsdruck der USA, ohne die wirtschaftliche und politische Blockade des Westens hätte Kuba wohl einen anderen Weg genommen. Die Überlegung scheint müßig, da die Würfel gefallen sind. Sie vermittelt aber wichtige Lehren für die Zukunft: Eine aggressive Hegemonialpolitik verbaut Wege, die besser offengehalten würden. Echter Dialog ist fruchtbarer, als „Strafexpeditionen“ und Isolierung. Die Fehler der Vergangenheit müssen in Zukunft vermieden werden. Dies gilt insbesondere für die Haltung gegenüber Nicaragua.

Kuba selbst hat in letzter Zeit Interesse daran bekundet, seine geschäftlichen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedsstaaten nezugestalten und auszubauen. Gegenüber Oskar Lafontaine bekundete Castro jüngst seine Bereitschaft, das Gespräch mit den USA „ohne Vorbedingungen“ wieder aufzunehmen. Dieser Öffnungsbereitschaft ist endlich mit angemessenen Antworten zu begegnen. Der Westen sollte die sozialistische Insel in der Karibik aus ihrer wirtschaftlichen und politischen Quarantäne entlassen.

(-/6.1.1989/vo-he/rs)

### Mechtersheimers Fundamentalopposition

Ein Rückblick auf die Bundestagshalbzeit in der Verteidigungspolitik

Von Florian Gerster MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

„Hier muß ein Bundestagspräsident zurücktreten, weil er eine schlechte Rede falsch betont hat. Aber die potentiellen Eichmänner des nuklearen Holocaust modernisieren hinter den Kulissen die Instrumente ihres Massenmordes.“ (Alfred Mechtersheimer)

Eine schlimme Entgleisung in der Haushaltsdebatte 1988/89. Leider kein Einzelfall, sondern Symptom für grüne Fundamentalopposition in der parlamentarischen Verteidigungspolitik.

Über nukleare Abschreckung und die Weiterentwicklung unserer Sicherheitspolitik zu streiten, ist nicht nur Recht, sondern Pflicht eines in diesem Feld tätigen Abgeordneten. Wir Sozialdemokraten verlangen die Überwindung der nuklearen Abschreckung und haben dafür umfassende Konzepte - konkrete Utopie mit realpolitischen Schritten. In Bundestagsdebatten zur Außen- und Sicherheitspolitik wird darüber hinaus auch das Bemühen um Konsens mit den anderen Parteien immer wieder deutlich - seriöse, ergebnisorientierte Politik statt Verbalradikalismus.

Wer einen politischen Gegner, der immer noch an die alleinige Wirksamkeit der nuklearen Abschreckung glaubt, als „potentiellen Eichmann des nuklearen Holocaust“ bezeichnet, verfährt jedes Maß erlaubter parlamentarischer Auseinandersetzung. Hier wird der Gegner zum Feind, der möglicherweise Irrsinnige zum Verbrecher herabgewürdigt. Von ähnlicher Qualität ist die Titulierung von Bundeswehrsoldaten als „Mörder“.

Die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden in der Bundesrepublik würde gewinnen, wenn sie mit heißem Herzen und kühlem Kopf ausgetragen würde. Groteske Entgleisungen - auch von einem Oberstleutnant a.D. - wecken nur Aggressionen und verhindern eine echte Debatte.

(-/6.1.1989/vo-ha/rs)

\* \* \*